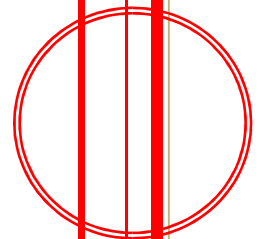




Arbeit ist



Prämisse

Der Beschäftigungsplan, den wir mit dem außerordentlichen Plan zur Beschäftigung der Jugend und der Frauen und dem Laboratorio Sud weiterentwickelt haben und den wir kontinuierlich an die sich verändernden Bedingungen angepasst haben, muss die Grundlage für unsere Initiativen werden und ist der Vorschlag der CGIL zur Bewältigung der Krise. Neue Prioritäten müssen gesetzt werden im Bewusstsein, dass Lösungen nicht durch die Einschränkungen der öffentlichen Hand, die Zentralisierung der Ressourcen und die Verringerung der Schulden herbeigeführt werden können. Das Mantra der Strukturreformen und der Einsparungen kann nicht eine Antwort auf neue Ungleichheiten sein, auf die Notwendigkeit, eine sozial und ökologisch sowie auch wirtschaftliche nachhaltige Entwicklung zu planen.

Das Rentengesetz hat zu einem Bruch in unserem Lande geführt, der sowohl Frauen und Männer als auch das Nord-Südgefälle betrifft. Die Wunde ist noch offen. Dieser Bruch hat sich dann in den Gesetzen „Jobs Act“ und „La buona scuola“ fortgesetzt. In den letzten Jahren haben wir viele Vertragsverhandlungen geführt, zumeist einheitlich, die sowohl der Verteidigung der Beschäftigung und dem Erhalt der Betriebe als auch dem Erhalt von Rechten, die durch die letzten Gesetze infrage gestellt worden sind, dienen. Wir haben außerordentlich wichtige Ergebnisse erreicht, wie z.B. das Gesetz gegen die Ausbeutung und die illegale Anwerbung von Landarbeitern, Veränderungen der Bestimmungen zu den Ausschreibungen erwirkt (diese sind auch auf private Ausschreibungen auszudehnen). Auch wenn dies alles noch nicht reicht, hat es doch zu Veränderungen geführt, die bei den Verhandlungen einen Qualitätssprung erlauben. Wir dürfen auch die Neuformulierung des Mafiagesetzes nicht unterschätzen.

Wir haben uns nicht mit Konflikten und der Verteidigung zufriedengegeben, nein, wir haben den Weg des Vorschlags, eines neuen Vorschlags systemischen Charakters beschritten: die Ausarbeitung unseres Gesetzesvorschlages „Plan für Arbeit“ und der Charta für die universellen Rechte der erwerbstätigen Menschen.

Wir haben einige wichtige Kollektivverträge erneuert, wie z.B. jene des öffentlichen Dienstes, die seit zehn Jahren blockiert waren. Es gibt jedoch noch Bereiche, die auf eine Erneuerung der Kollektivverträge warten. Die Auseinandersetzung über die Renten muss nach den ersten Teilerfolgen im Sinne der einheitlichen Plattform fortgeführt werden. Wir haben uns nicht an den strittigen Fällen festgehakt, sondern haben vielmehr Vorschläge unterbreitet und systematische Lösungen gesucht, wie zum Beispiel beim Gesetzesvorschlag zum „Beschäftigungsplan“ oder zur Charta für die universellen Rechte der erwerbstätigen Menschen.

Die Charta beruht auf einer strategischen Entscheidung, zum Schutz der Rechte der arbeitenden Menschen, und es wird grundsätzlich die rechtliche Gleichbehandlung unabhängig vom Typ des Arbeitsverhältnisses, sowie die Teilhabe der arbeitenden Menschen an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen in den Mittelpunkt gestellt.

Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Gewerkschaft haben wir für diesen Vorschlag alle Mitglieder befragt. Es war eine grundlegend demokratische Entscheidung, eine Frage der Mitbestimmung, die längerfristig ein neues Ziel und eine neue Perspektive darstellt. Der Gesetzesvorschlag, der nun dank unserer Initiative im Parlament liegt, ist nicht nur Thema bei unseren Verhandlungen, sondern auch der Mittelpunkt aller Initiativen, die von uns ausgehen.

Wir haben bei der Ausarbeitung unserer Gegenvorschläge eine Methode entwickelt, und das wollen wir unterstreichen, die zu einer stärkeren Einheit innerhalb der Organisation, zu mehr Mitbestimmung und Demokratie und zu einer Mobilisierung beigetragen hat, die wir auch nach dem Kongress beibehalten wollen.

Sich für die Welt der Arbeit einsetzen und diese vertreten heißt, offensichtlich, immer imstande zu sein, sich mit den Veränderungen auseinanderzusetzen und die eigenen Handlungsweisen und selbst die Verhandlungsarten verändern zu können, da sich immer wieder neue Prioritäten ergeben. Wenn wir von der Digitalisierung der Verhandlungen sprechen, meinen wir genau dies, denn Sinn und Richtung verweisen auf inklusive Verhandlungen. Gerade im Bereich der inklusiven Verhandlungen haben wir unsere Grenzen erreicht. Dies zu verschweigen ist sinnlos und auch unsere Bequemlichkeit hat dazu beigetragen. Darüber müssen wir auf unserem Kongress sprechen.

Auf Grund unserer Autonomie, der Einheit unserer Organisation und der internen Erneuerung haben wir eine so starke programmatische Haltung entwickelt und einen Konsens geschaffen, der über unsere Grenzen hinaus geht. Dies ist eine gute Voraussetzung für einen einheitlich geführten Kongress.

Der 18. Kongress findet am Ende eines krisengeschüttelten Jahrzehnts statt, eines Jahrzehnts, wo man der Globalisierung nicht gewachsen war und die damit einhergehenden Ungleichheiten nicht eindämmen konnte. Die stark anwachsende Immigration und die durch die Digitalisierung herbeigeführten Veränderungen erfordern jedoch eine starke Strategie und neue Vorschläge seitens der Regierung. Nicht nur die nationalen, sondern auch die europäischen Regierungen, die übergeordneten Organisationen und die internationalen Entscheidungsträger erleben eine Krise der Vorschläge und Strategien, die zu einem neuen Protektionismus, neuen Konflikten und Spannungen und neuer geopolitischer Instabilität führen. Frieden und Entwicklung müssen deswegen wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit der Arbeiterbewegung in Italien, in Europa und der ganzen Welt rücken.

Wir haben bereits vor dem Wahlausgang von einem Bruch zwischen der Welt der Arbeit und den politischen Vertretern gesprochen, von der Notwendigkeit längerfristiger Perspektiven, vom Fehler, sich mit einfachen Ideen begnügen zu wollen und der Resignation der Arbeiterklasse und der ärmeren Schichten freien Lauf zu lassen. Was die Krise zerstört und zerbrochen hat, muss wieder zusammengefügt werden. In diesem Sinne können wir behaupten, dass die Absicht, die Vermittlungs- und Verhandlungstätigkeit der Gewerkschaften zu verhindern, zwar erfolglos blieb, aber vom politischen Horizont noch nicht verschwunden ist.

Der Ausgang der Wahlen verweist auf eine Niederlage der Linkskräfte, auf eine Veränderung der Kräfteverteilung unter den Rechtskräften und den Erfolg des M5S. Es ist eine unsichere politische Situation entstanden, die einige Gefahren in sich birgt. Dies erfordert, unserer Meinung nach, einen stärkeren Einsatz für unsere Unabhängigkeit und für die Kontinuität der Initiative einer konföderierten Gewerkschaft. Es erfordert aber auch von der CGIL eine erneute Suche nach einer offenen Perspektive für eine fortschrittliche Politik. Die Sozialpartner und der Anspruch auf gesellschaftliche Vertretung müssen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden und im Rahmen der einvernehmlich geregelten Beziehungen zwischen den Sozialpartnern müssen neue Wege gesucht werden.

Verhandlungen gehören zum Wesen einer konföderierten Gewerkschaft. Über Verhandlungen können die materiellen Verhältnisse der Menschen verbessert, die Freiheit verteidigt und die Bürgerrechte für jene ausgebaut werden, die wir vertreten. Dies erfordert auch, dass wir interne Widerstände aufzeigen, denn jegliche Investition in Veränderungen und Inklusion erfordert, dass Egoismen und

Individualismus aufgezeigt und infrage gestellt werden. In unseren Zeiten, in denen neue explizit rassistische und neofaschistische Organisationen auftreten, darf es kein Zurück geben, die Werte unserer Verfassung müssen geschützt und hochgehalten werden. Dass diese Werte akzeptiert und verfochten werden, können wir auch in der Welt der Arbeit nicht als selbstverständlich ansehen. Hier ist unser Einsatz gefordert. Es braucht eine neue kollektive Vertretung an den Arbeitsplätzen und in der Gesellschaft, die für Solidarität eintritt und den individuellen Schutz mit dem Ziel der Anerkennung individueller, sozialer und gesellschaftlicher Rechte stärkt.

Eine Politik für gleiche Rechte entsteht aus der Universalität des sozialen Wohlstands, der sozialen Rechte und der Umverteilung von Arbeit und Reichtum und stützt sich auf die Anwendung der Verfassung und eine erweiterte Praxis gesellschaftlicher Vertretung. Der anscheinend vorhandenen Krise der Demokratie, wo die Rolle der traditionellen Parteien infrage gestellt wird, haben wir die Idee der Mitbestimmung und eine Reihe von Instrumenten der direkten Demokratie (die Abstimmungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) sowie die Formen der gesellschaftlichen Vertretung entgegengesetzt. Dieses Modell der gesellschaftlichen Vertretung muss ausgebaut werden, es braucht mehr Mitbestimmung und neue Wege für die notwendige gewerkschaftliche Einheit. All dies erfordert eine Gewerkschaft, die immer stärker an den Arbeitsplätzen und in der Gesellschaft verankert ist.

Gleichheit

Prekäre Arbeitsverhältnisse, Beschränkung der Freiheit, Einschränkung der Rechte, Zersplitterung der Arbeitswelt sind die Folgen einer Politik, die gegen die Globalisierung wirken wollte. Dies hat zu einer Entwertung der Arbeit und dem Zuwachs an Ungleichheit geführt und hat Vereinsamung und Verbitterung geschaffen. Für die CGIL sind Gleichheit und Freiheit die grundlegenden Werte der Demokratie und beide tragen dazu bei, das Bild des Menschen zu definieren. Es sind die Werte, die dazu beitragen eine Politik aufzubauen, die auf universelle Rechte baut und wo Ressourcen nicht ein Privileg weniger, sondern eine Chance für alle sind.

Die Werte der Gleichheit voll und ganz realisieren, bedeutet, die Arbeit und die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund zu stellen und nicht die Logik des Marktes und die Dynamik der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung in unserem Land und in Europa.

Das wirtschaftliche Europa und das soziale Europa müssen wieder zusammengeführt werden, damit ein neues, nachhaltiges und inklusives Modell entsteht, das ausgehend von der demokratischen Rechtmäßigkeit der europäischen Institutionen eine effektive Integration ermöglicht. Es gibt einige Entscheidungen, die getroffen werden müssen, damit dieses Modell realisiert werden kann: Neue Instrumente der Wirtschaftspolitik, die zu vermehrten Investitionen führen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen (Eurobond), direkte Planungsmaßnahmen, spezifische Strategien für wirtschaftlich schwache Gebiete (makroregionale Strategie für den Mittelmeerraum), Ressourcen für eine Politik des europäischen Zusammenhalts, Löschung des **Fiscal Compact**, und keine Berechnung der

Ausgaben für den wirtschaftlichen Aufschwung bei der Feststellung des Haushaltsdefizits, Vereinheitlichung politischer Entscheidungen ausgehend von der Steuerpolitik. Ziel muss eine Beschleunigung der Maßnahmen sein, kein Dumping zwischen den Ländern, keine Verschiebung von Betrieben, Kampf gegen Steuerhinterziehung und Betrug und neue Protokolle zur Nachvollziehbarkeit von Zahlungen, eine Reform der Wirtschaftsinstitutionen ausgehend von der Europäischen Zentralbank für eine effektive Vollbeschäftigung und Vervollständigung der europäischen Bankenunion mit einer Neudefinition des Bail-In (Lösung der Bankenkrise durch eine ausschließliche Einbeziehung der Aktionäre, der Inhaber von Obligationen und Konten derselben Bank), Einführung der Sozialklausel, Rekonstruktion gemeinsamer Rechte der Arbeitnehmer (Europäische Charta der Rechte der Arbeitnehmer) mit dem Ziel einer fortschreitenden Harmonisierung der Entlohnung, der gesetzlichen Garantien und dem Schutz der Mindestlöhne, Aufwertung der Tarifverhandlungen, um so den vertraglichen und sozialen Wettbewerb auszuschließen, Anwendung von Verträgen und Gesetzen der Länder, in denen die Arbeitnehmer wirklich tätig sind, falls diese günstiger sind, unabhängig davon, wo das Unternehmen seinen Sitz hat.

Dem Europäischen Gewerkschaftsbund kommt eine entscheidende Rolle zu, es braucht eine Bestärkung seiner demokratischen Legitimation sowie eine neue Diskussion zur Übertragung einzelner Zuständigkeitsbereiche der Gewerkschaften der einzelnen Länder an den EGB.

Für die CGIL ist die **Arbeit die Grundvoraussetzung für die Würde und die Freiheit der Person und somit auch für die Gleichheit und gesellschaftliche Gleichstellung**. Um diesen Wert auch in unserem Lande durchzusetzen, braucht es politische Entscheidungen, die in Richtung Vollbeschäftigung gehen, für ein neues Gleichgewicht zwischen Nord und Süd. Außerdem braucht eine besondere Politik für Jugendliche und Frauen.

Arbeitsplätze schaffen und prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen sind die wesentlichen Grundlagen für den Beschäftigungsplan und die Charta der Erwerbstätigen. Dazu braucht es sowohl Gesetzesinitiativen als auch Verträge.

In den letzten Jahren hat es eine Arbeitsmarktpolitik gegeben – Jobs Act – die dazu beigetragen hat, den Wert der Arbeit zu vermindern. Die Entscheidungen wurden ausschließlich zugunsten der Unternehmen und zum Nachteil der Arbeitnehmer getroffen. Diese Entscheidungen haben in unserem Lande nicht zu vermehrten Investitionen und einer guten Beschäftigung geführt. Das Modell zielt im Wesentlichen auf eine Reduzierung der Arbeitskosten ab, um so im Wettbewerb bestehen zu können. Das quantitative Wachstum der Beschäftigung beruht vermehrt auf der Schwäche der prekären Arbeitsverhältnisse und den vermehrten Teilzeitverträgen, die insbesondere Frauen betreffen. Die Initiativen und die Mobilisierung der letzten Jahre weiterführen, heißt auch auf vertraglicher Ebene die Arbeitsverhältnisse neu zu ordnen. Unbefristete Arbeitsverträge müssen wieder zur Regel werden. Das Recht auf Wiedereinstellung bei ungerechtfertigten Entlassungen muss wieder eingeführt werden und der Anwendungsbereich des Art. 18 muss ausgedehnt werden. Der erweiterte Schutz aller selbständigen und scheinselfständigen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen geht vom Prinzip aus, dass Arbeit und soziale Rechte für alle wertvoll und gültig sein müssen. Dies bedeutet, dass das Thema der Inklusion und der Qualität der Ausschreibungen eine Grundlage für die Legalität der wirtschaftlichen Prozesse und für die Würde der Arbeit sind. Hierzu muss ein universelles System einer aktiven Politik vorgesehen werden, welches Ausbildung, Tutoring, Beratung, Arbeitseingliederung und die Zertifizierung der Kompetenzen vorsieht. Ein System einer aktiven Politik, in dem die öffentliche Arbeitsvermittlung eine zentrale Rolle einnimmt und das System der Zentren für

Arbeit und Beschäftigung im ganzen Lande verstärkt werden muss. Der Eintritt junger Menschen in die Welt der Arbeit muss unterstützt werden, insbesondere muss hierzu das Lehrlingswesen als grundlegend Form der Ausbildung gefördert werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die technologische Entwicklung und die Prekarisierung haben uns vor die Frage nach den notwendigen Instrumenten für die Unterstützung der Arbeit gestellt.

Wir schlagen ein integriertes Modell vor, wo das System der sozialen Abfederung mit einer neuen Maßnahme zur Unterstützung des Einkommens zu Lasten der öffentlichen Hand ausgestattet wird. **Unser Vorschlag sieht ein garantiertes und kontinuierliches Einkommen vor**, welches für einen beschränkten Zeitraum für junge Menschen vorgesehen ist, die eine Arbeit suchen, und wodurch die Zeiten zwischen verschiedenen Arbeitsaufträgen abgedeckt werden, wenn keine soziale Sicherheit oder andere Unterstützungsformen vorgesehen sind. Diese Hilfe muss an den Besuch von Ausbildungs- und Qualifizierungskursen gebunden sein. In diesem Sinne muss auch das System der sozialen Abfederung neu überdacht werden, um so den Widerspruch zwischen aktiver und passiver Politik zu überwinden, damit jenen Menschen Leistungen angeboten werden können, die sonst keine erhalten. Die entsprechenden Kriterien, Berechtigungen, Dauer und finanzielle Deckung müssen neu überdacht werden.

In Italien gibt es schließlich ein **universelles Mittel zur Bekämpfung der Armut** (Inklusionseinkommen), welches allerdings nicht auf angemessene Art und Weise greift. Unter den Faktoren, die die Armut bedingen, gehört in unserem Lande sicher die geringfügige, kaum bezahlte Arbeit. Hier muss vorrangig Abhilfe geschaffen werden, um Lösungen in die Wege zu leiten, die jene Dienstleistungen stärken, die benachteiligten und schwachen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zugutekommen. Es ist somit notwendig, **die Ressourcen aufzustocken**, damit mehr Menschen in den Genuss dieser Maßnahmen kommen. Auch ausländische Staatsbürger, die über eine Aufenthaltsgenehmigung von mindestens einem Jahr verfügen, müssen bedingungslos inkludiert werden.

Soziale Gleichheit braucht es auch auf dem Arbeitsmarkt, während des gesamten Arbeitslebens und in der Phase der Pensionierung. Das heutige Rentensystem ist ungerecht und starr und führt zu einem Bruch mit der Welt der Arbeit. Aus diesem Grund wollen wir ein neues Rentengesetz, für ein öffentliches System der sozialen Vorsorge, das auf Gerechtigkeit und Solidarität baut, das für alle Sektoren gilt und auf Wirtschaftlichkeit und soziale Nachhaltigkeit aufbaut und die Generationen und die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen wieder zusammenführt. Im Wesentlichen fordern wir ein flexibles System des Rentenanspruchs ab 62 Jahren und in der Folge die Überwindung des kontinuierlich ansteigenden Eintrittsalters parallel zur Lebenserwartung, sowie eine Höchstgrenze von 41 Beitragsjahren für einen vorgezogenen Pensionsantritt ohne Abzüge und Ankoppelung an die Lebenserwartung, die Anerkennung der Pflegezeiten und der Schwerarbeit für die Rente, eine Garantierente auf Grund der eingezahlten Beiträge, die mittels Aufwertung der niedrigen Versicherungszeiten allen, auch den Jugendlichen, eine würdige Rente zusichern, zu der alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Zugang erhalten. Hierzu braucht es neue, effiziente Gesetze und Verträge, die die Renten effektiv absichern und es müssen auch die bilateralen Verträge zur sozialen Absicherung zwischen den Staaten ausgeweitet werden.

Die sozialen Veränderungen, ausgehend von der Prekarisierung der Arbeit und der vermehrten Präsenz älterer Jahrgänge, sind tiefgreifend und stellen das bestehende und konsolidierte Gleichgewicht und die Solidarität zwischen den Generationen in Frage.

Gleichheit heißt auch ein Netzwerk der sozialen Solidarität aufzubauen. Dies muss auf einem öffentlichen System zum Schutze der Rechte und jener Maßnahmen aufbauen, die geografischen Unterschiede ausgleichen, auf die Mitbeteiligung verschiedener Akteure (Institutionen, Gewerkschaften, Ehrenamt, gemeinnützige Organisationen und Unternehmen) bauen und eine Politik für den sozialen Wohlstand, die Arbeit und die regionale Entwicklung zusammenführen. Für Sozialleistungen, die enger an die Bedürfnisse der einzelnen Menschen gebunden sind, müssen jene Institutionen zusammengeführt werden, die heute mit den entsprechenden Dienstleistungen beauftragt sind, um so neue Effizienz und Qualität zu sichern und die bereitstehenden Ressourcen für die immer stärker anwachsenden Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen. Es muss ein System universeller und einklagbarer Rechte gesichert werden, das auch außerordentliche Maßnahmen miteinschließt. Ausgehen soll dies von der Verabschiedung eines Gesetzes für Pflegebedürftige, das über Steuereinnahmen finanziert werden soll und der Förderung einer Politik für ein aktives Altern dient. Die öffentliche Haushaltspolitik muss sich ändern, in den letzten Jahren hat es nur Einsparungen zu Lasten der Sozialpolitik gegeben und dabei sind insbesondere die Lokalkörperschaften und die Regionen in Mitleidenschaft gezogen worden. Hierfür braucht es einen stärkeren gewerkschaftlichen Einsatz. Die Verhandlungen auf territorialer Ebene müssen verstärkt werden. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Rentner und Rentnerinnen müssen mittels einer integrierten Arbeit der gesamten konföderierten Organisation, des Bundes, der Fachgewerkschaften und unter Berücksichtigung des Systems für individuellen Schutz mit einbezogen werden.

In diesem Kontext muss auch die vertragliche Sozialpolitik gesehen werden. Unser Ziel ist es, mögliche Synergien zu finden, um eine universelle Sozialpolitik auf Staats- und regionaler Ebene zu stärken. Diese Vertragspolitik muss kohärent geführt werden und soziale Ziele verfolgen. Oft beschränkt sich diese Politik auf die Schaffung von Einzelbegünstigungen, die mit verfehlten Steuerbestimmungen erreicht werden, die ehestens abgeändert werden müssen.

In Italien herrscht ein effektiver Notstand im Gesundheitswesen. Man kann sogar behaupten, dass in Südtalien ein verfassungsmäßiges Recht nicht garantiert wird. Die Reduzierung der Finanzierungen der letzten Jahre hat zu einer echten Ungleichheit bezüglich der Vorbeugung, der Pflege und der Rehabilitation geführt. Prioritäres Ziel ist es, das allgemeine Recht auf Gesundheit wiederherzustellen und die Finanzierung des Gesundheitswesens allgemein aufzustocken. In jeder Region muss es Dienstleistungen für Prävention in Krankenhäusern und auf dem Lande geben, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen, um so die langen Wartelisten und den Rückgriff auf das private Gesundheitswesen zu reduzieren. Hierzu braucht es eine Neuorganisation der Dienste über eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung, die den Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen und nicht der Logik wirtschaftlicher, korporativer oder lokaler Interessen unterliegen.

Unangemessene, nicht wirtschaftliche und illegale Phänomene müssen überwunden werden, neue Investitionen müssen auch über einen eigenen „Nationalen Plan zur Vorbeugung und ein Netzwerk im Sozial- und Gesundheitssektor“ getätigt werden. Ausgehen muss man von Ärztehäusern, Wohnstrukturen für Pflegebedürftige, integrierte Hauspflegedienste. Wichtig sind auch Investitionen in neue Technologien und für das Personal im Rahmen eines Planes zur Vollbeschäftigung, um die weit verbreiteten prekären Arbeitsverhältnisse zu überwinden und die Ausbildung und die Mitbestimmung aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in öffentlichen wie auch privaten Strukturen zu gewährleisten. Der Numerus Clausus an den Universitäten für die Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal muss abgeschafft werden.

Auch muss das Superticket sofort abgeschafft und das bestehende Ticketsystem reformiert werden, sodass es gerechter gestaltet werden kann und allen die entsprechenden Leistungen zugesichert werden.

Die CGIL ist weiterhin der Überzeugung, dass eines der Mittel zur Durchsetzung der sozialen Gleichheit das Steuerwesen ist. Steuerliche Ungleichheit muss mittels einer Reihe von Maßnahmen überwunden werden, die die kritischen Elemente unseres Systems treffen: geringe Progressivität, wenig Gerechtigkeit, nicht aufeinander abgestimmte Maßnahmen, zu große Belastung der Arbeitseinkommen und Steuerhinterziehung. Die Antwort ist in einer organischen Reform des Steuerwesens zu suchen, die auf den verfassungsrechtlichen Grundsätzen der Progressivität und der Steuergerechtigkeit aufbaut. Die Säulen: Steuerentlastung für Arbeitseinkommen (größere Freibeträge für abhängige Arbeit), Vermögenssteuer auf Grund des Gesamtwerts, Kampf gegen Steuerhinterziehung mittels der Nachvollziehbarkeit der Zahlungen, progressive Lokalsteuern, die an eine universelle Sicherheit der grundlegenden Leistungen für alle gebunden sind, Neuordnung der Steuerbegünstigungen und ausgewählte Fördermaßnahmen (Arbeit und Nachhaltigkeit).

Entwicklung

Die zunehmende soziale Ungleichheit und die großen Veränderungen der Umwelt und der Technologie erfordern eine längerfristige Strategie. Die Grundlagen dieses Prozesses sind die Nachhaltigkeit in Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und auf territorialer Ebene für ein neues Entwicklungsmodell, das den heutigen Bedürfnissen entspricht und auch jene der zukünftigen Generationen berücksichtigt.

Die Vertragsverhandlungen für eine neue Entwicklung bilden die Grundlage für jene Bedingungen, die neue, würdige Arbeitsplätze schaffen und dabei auch den Wohlstand berücksichtigen, der die Grundlage für ein neues, bestärktes Modell des gewerkschaftlichen Bündnisses schafft.

Italien darf nicht Sinne der europäischen Bestimmungen zum Einhaltung des vorgesehenen Haushaltsdefizit verurteilt werden, in dem öffentliche Interventionen eingeschränkt und eine strenge Sparpolitik eingefordert wird. Die Forderung nach einem Haushaltsausgleich muss abgewiesen werden. Es ist nachgewiesen, dass dies nicht zur Reduzierung öffentlicher Schulden beiträgt. Die Vollbeschäftigung, wie sie im Beschäftigungsplan der CGIL enthalten ist, ist die Grundlage für alle Entscheidungen der öffentlichen Haushaltspolitik.

Auch bei gleichbleibenden Ressourcen muss die Logik der Beiträge für das bestehende Produktionssystem nach dem Gießkannenprinzip unterbrochen werden. Es muss vielmehr auf ein Wachstum der Gesamtheit der Faktoren gesetzt werden, um so eine mehrjährige Politik zur Aufwertung der Ressourcen unseres Staates vorzusehen. Dies heißt eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die ein alternatives, nachhaltiges, wachstumsorientiertes und sozial gerechtes Modell zum Ziel hat, das als notwendige Voraussetzung die Grundsätze der Legalität aufwertet. Der Angelpunkt dieses neuen Modells ist die Revolution der Prioritäten: Ausgehend von den Bedürfnissen kann ein neuer Sozialstaat für die Menschen und für das

Land entwickelt werden. So entsteht die Grundlage für eine gerechte Verteilung des Reichtums und der Entscheidungen über öffentliche Ausgaben.

Dies bedeutet zuallererst das universelle Recht auf Bürgerschaft, um so die Bedingungen für nachhaltige Arbeitsverhältnisse zu sichern, fragmentierte Maßnahmen und die Politik der Bonuszahlungen zu unterbinden, sowie soziale Netzwerke wiederaufzubauen: Gesundheitswesen, Bildung, Sozialleistungen und Wohnbau. Diese Ziele setzen eine starke Rolle der öffentlichen Hand voraus, um so die verfassungsmäßigen Rechte aller Bürger zu sichern.

Die zweite Säule eines neuen Entwicklungsmodells ist die Pflege der Landschaft im Sinne der Nachhaltigkeit - ausgehend von den großen Themen: Luft, Wasser, Boden und grüne Städte – und einer Kreislaufwirtschaft. Beide müssen die primären Kriterien für politische Entscheidungen bilden, die ihre Auswirkungen auf das Produktionssystem, den Verkehr und neue Modelle erneuerbarer Energien haben.

Gegen das große Anwachsen der Risiken und der Tendenzen der Landflucht und der Verarmung ist es dringend notwendig, mehrjährige Strategien auf verschiedenen Ebenen zu entwickeln. Für die ländlichen Gebiete müssen zur Vorbeugung gegen Naturgefahren und zum Schutz der Umwelt ebenso wie bei der Stadterneuerung öffentliche und private Investitionen zusammengeführt, neue technische Kompetenzen entwickelt und technologische Innovation durchgeführt werden. Das Made in Italy muss berücksichtigt werden. Es braucht eine Absicherung der öffentlichen Gebäude, zuallererst der Krankenhäuser und Schulen, Netto-Null beim Bodenverbrauch gehört ebenso zu den wichtigen Prinzipien zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts und einer stimmigen sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Verhältnisse in unserem Lande.

In diesem Sinne muss erneut und kraftvoll das Thema des Wiederaufbaus im Rahmen einer territorialen und institutionellen Governance gestellt werden, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Reformen (z.B. Großstädte, Provinzen). Mit den letzten Reformen wurde die Möglichkeit, konkrete Maßnahmen zu setzen, eingeschränkt.

Wirtschaftliche, soziale, territoriale und umweltpolitische Nachhaltigkeit ist jene Säule, auf der ein neues Entwicklungsmodell, mit dem Ziel neue Arbeitsplätze zu schaffen, beruhen muss. Damit kann auch die Kluft zwischen Nord und Süd abgebaut werden, und es können auch die Probleme der Gebiete im Inneren des Landes, die vom Erdbeben oder anderen Naturkatastrophen getroffen wurden oder auch jener Gegenden, die der Ausgrenzung zum Opfer fallen (Peripherien der großen Städte) bewältigt werden.

In diesem Sinne muss der Rahmen der Wirtschaftspolitik radikal geändert werden. Dazu braucht es zwei Maßnahmen: Einen Plan für öffentlicher Investitionen, der alle verfügbaren Ressourcen zusammenfasst und auch auf ein gesundes Bankensystem im Dienste unsres Landes zurückgreift, sowie eine Politik, die wieder die Rolle des Staates stärkt und Veränderungen herbeiführt.

Es braucht eine neue öffentliche Institution zur Gestaltung der Industriepolitik, eine neue IRI oder Agentur für industrielle Entwicklung, wo die strategischen Entscheidungen der Politik in konkrete Maßnahmen umgesetzt, implementiert und koordiniert werden, sodass ein neues Entwicklungsprogramm verwirklicht werden kann, um die Produktivität in unserem Lande zu fördern. In den weniger entwickelten Gebieten muss der Staat mehr investieren – z.B. in Süditalien – d.h. wenigstens 45% der Gesamtsumme in einem Zeitraum von fünf Jahren,

soziale Infrastrukturen verbessern und materielle sowie immaterielle Infrastrukturen (Breitband, Ultrabreitband) stärken und die zum Schein bestehenden Alternativen von zu großen und sekundären Infrastrukturen überwinden. Prioritär sind all jene Maßnahmen, die der besseren Erreichbarkeit der Regionen und der ländlichen Gebiete dienen und auch internationalen Verbindungen verbessern. Unser Land braucht strategische Innovation im Bereich der Energie und des Wassers. Um eine Autonomie unseres Landes auch in den Beziehungen zu Unternehmen und Bürgern zu sichern, müssen die Netze öffentlich kontrolliert und verwaltet werden. Letztendlich müssen die Ressourcen für die Universitäten aufgestockt werden, um so auch Unterschiede zwischen Nord und Süd auszugleichen und mehr in die Grundlagenforschung investieren zu können. So können der technologische Transfer gestützt und neue Technologien geschaffen werden, um unsere produktive Besonderheit und Spezialisierung gestützt und eine Interaktion im Bereich der Forschung und Ausbildung zwischen öffentlicher Hand und Privaten neu zu strukturieren: soziale und wirtschaftliche Partnerschaften zwischen Unternehmen und Institutionen. Dieses Entwicklungsmodell setzt auch verstärkte private Investitionen und einen wirtschaftlichen Aufschwung, sowie eine größere soziale Verantwortung der Unternehmen voraus.

Ein neues Entwicklungsmodell muss auch die Prozesse der Innovation und der Digitalisierung berücksichtigen. Die Auswirkungen dieser Prozesse sind nicht unvorherbestimmbar und schicksalhaft. Es ist der Mensch, der die Richtung der Veränderungen lenkt. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll festzuhalten, dass unsere inklusiven Vertragsverhandlungen auf gleicher Augenhöhe erfolgen müssen, wenn es um die Gestaltung von Nachhaltigkeit und Innovation geht. Bereits in der Phase der Planung muss die Verbesserung der Arbeitsbedingungen miteinfließen. Die Innovation muss auch den sozialen und kollektiven Bedürfnissen entsprechen, was von der Regierung heute noch nicht gewährleistet wird. Das Abkommen mit dem Industriellenverband weist in die richtige Richtung. Innovation ist ein strategischer Aspekt einer neuen Vertragspolitik, damit die Themen der Mitbestimmung, der Ausbildung, der gewerkschaftlichen Vertretung und der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz Bestand haben.

Unserer Meinung nach ist dies ein Muster für neue industriepolitische Beziehungen, das der Funktion und den Eigenheiten digitaler Arbeitsleistungen entspricht. Unter diesem Gesichtspunkt muss auch der Algorithmus verhandelt werden, die neuen Organisationsmodelle und die Ausbildung. Dies ist die neue Front. Die Rolle der bilateralen Fonds muss aufgewertet werden. Sie müssen in das System des lebenslangen Lernens und der ständigen Weiterbildung integriert werden und systemisch auf Innovation und Reindustrialisierung ausgerichtet sein.

Einem neuen Entwicklungsmodell entspricht auch eine neue, tiefgreifende und breit aufgestellte Rolle der Vertragsverhandlungen und eine bestärkte konföderierte Position (Widerstand gegen korporative Interessen, einheitliche Sicht der Entwicklung, Fähigkeit zur Synthese). Die Verhandlungen für eine nachhaltige Entwicklung (und unsere Entwicklung) sind unser strategisches Ziel und beinhalten die Vereinbarung der Voraussetzungen und der strategischen Entscheidungen – sozial, umweltlich, wirtschaftlich und im Bereich der Produktivität – im ganzen Lande und den Regionen. Hierzu müssen Teilvisionen und Zufälligkeiten in den Beziehungen zu den Institutionen überwunden und die Verhandlungsrolle der Gewerkschaftsorganisationen festgeschrieben werden. Bei den Verhandlungen für Entwicklung und Arbeit kann die Gewerkschaft nicht der einzige Bezugspunkt sein, sondern Teil eines breiten mitbestimmenden Netzwerks. Für die CGIL heißt dies, dass Auser, Konsumentenvereinigung, Mietervereinigung und

Studentenvereinigungen, Vereine die als Aufgabe den Schutz gewisser Kategorien vorsehen, unsere beratenden Organe, soziale Organisationen und Bürgervereinigungen im Rahmen neuer Ansätze zur Mitbestimmung bei der Konsensfindung und der Kontrolle miteinbezogen werden.

Rechte und Bürgerschaft

Bürgerschaft heißt Realisierung der primären Rechte auf Arbeit. In der Gesellschaft braucht es eine Antwort auf Unterschiede und soziale Ungerechtigkeit. Durch die Realisierung der Forderungen der Charta der Rechte soll ein neues Modell der Umverteilung von Lebens- und Arbeitszeit, des Verhältnisses zwischen Einkommen und Lohn geschaffen werden. Soziale und wirtschaftliche Inklusion muss von einem Bildungssystem ausgehen, welches imstande ist, soziale Ausgrenzung zu überwinden und ein grundlegendes Mittel ist, demokratische Prozesse wahrzuhaben.

Die Solidarität und die Aufnahme sind Werte, mittels welcher die Prozesse der Migration gesteuert werden können.

Die CGIL hat mit der Charta der Rechte eine universelle Idee ins Feld geführt, die ausgehend vom Arbeitsrecht ein neues Bild der Bürgerschaft definiert. In diesem Sinn ist das Thema der Beziehung zwischen Lebens- und Arbeitszeit ein wesentliches Paradigma des Gesellschaftsmodells.

Eine generelle Reduzierung der Arbeitszeiten, die auf eine Umverteilung der Zeiten zugunsten der Beschäftigung und der Qualität der Arbeit und der Vereinbarkeit mit den Lebenszeiten ausgerichtet ist, muss zu einer strategischen Achse der Forderungen der CGIL werden. Dies bedeutet, dass – auch bei Prozessen technologischer und organisatorischer Innovation - eine Reduzierung der vertraglichen und wirklichen Arbeitszeiten verfolgt werden muss. Die Arbeitszeiten müssen so geregelt werden, dass sie eine größere Flexibilität erlauben und gleichzeitig eine größere ergebnisorientierte Selbständigkeit erlauben, sichere Zeiten der Verbindung und der Abkoppelung im Internet, reale Arbeitszeiten, das Recht auf Freizeit und auf permanente Weiterbildung und bezahlte berufliche Fortbildung, das Testen von neuen Ansätzen in den Kollektivverträgen bei der Reduzierung oder Änderung der Arbeitszeiten – Arbeit auf Tages- oder Wochenbasis. All dies muss in einem gesetzlichen und steuerrechtlichen Rahmen unterstützt werden.

Der Wettbewerb, der einzig auf die Verbilligung der Arbeit und die geringe Qualität in der Produktion aufgebaut ist, hat in unserem Land große Ungleichheiten geschaffen: Italien ist das Land mit den höchsten vertraglichen Arbeitszeiten und den niedrigsten Löhnen und die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau sind nicht tragbar. Ausgehend von der Arbeit müssen die Bürgerrechte gewahrt werden. Dies erfordert eine neue Lohnpolitik, die direkte Auswirkungen auf die interne Nachfrage hat, die den produzierten Reichtum verteilt, die beruflichen Kompetenzen aufwertet und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzt.

Der Reallohn muss sowohl über Kollektivvertragsverhandlungen als mit Hilfe der Steuerpolitik gestaltet werden. Mit einer Politik, die sich mit Bonuszahlungen, gelegentlichen Zuwendungen oder mit der Verteilung privater Sozialleistungen begnügt, kann dies nicht

geschehen. An die Qualität der Löhne muss der Schutz der Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz geknüpft werden, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Digitalisierung und die Automatisierung zu neuen Risiken führen. Auf Grund der Verschlechterung der Daten über die Arbeitsunfälle seit Beginn des Jahres 2018 muss eine neue Aktion wirksamer und mitbestimmter Prävention gestartet (Einheitliche Plattform 2018) und eine nationale Strategie definiert werden, um ausgehend von den Forderungen, die in den Leitlinien der verschiedenen Sektoren enthalten und von den verschiedenen Institutionen (Regionen, INAIL, Präventions- und Überwachungsdienste) vorgesehen sind, über Verhandlungen konkrete Aktionen und Vertragsmodelle innovativer und inklusiver Natur auf allen Ebenen durchzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Ausschreibungen, wobei die Rolle der Vertreter der Belegschaft und der Sicherheitsbeauftragten des Betriebes aufgewertet werden muss.

Das öffentliche Bildungs- und Ausbildungssystem bildet den Schlüssel für den Zugang zur sozialen Inklusion und einer aktiven Bürgerschaft. Außerdem ist dies eine wichtige Ressource für die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung eines Landes. Aus diesem Grunde muss man entschieden gegen eine Verflachung der Bildung, eine neue soziale Ausgrenzung und territoriale Ungleichheiten vorgehen und auf die neuen Herausforderungen der technologischen Innovation Antworten finden. Wir fordern das Recht auf einen allgemeinen, universellen Zugang zu einem öffentlichen, integrierten Bildungssystem. Der Kindergarten muss für alle von null bis sechs Jahren offen sein, vor allem in Süditalien. Auch fordern wir eine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, eine Neuordnung der Schulzyklen, neue Verhandlungen über Arbeitspraktika während der Schulzeit, die in den Unterricht integriert sein müssen, qualitativer und quantitativer Ausbau des Lehrlingswesens, das individuelle Recht auf lebenslanges Lernen und auf Ausbildung in allen Lebensphasen, sowie eine größere Unterstützung des Rechts zu Lernen und die Verwirklichung eines effektiv kostenlosen Lernwegs.

Die Förderung einer aktiven Bürgerschaft und der Rechte können nicht ohne das entscheidende Thema der Legalität und des Kampfes gegen die Mafia angegangen werden. In diesem Zusammenhang hat die CGIL die Entscheidung getroffen, sich in den Mafiaprozessen als Zivilklägerin einzulassen. Ziel der CGIL war immer schon die Verbreitung einer Kultur der Legalität. Die Mafia wird nur besiegt, wenn mittels einer Sozial- und Wirtschaftspolitik, für den Einsatz der Institutionen Mittel vertraglicher und gesetzgeberischer Natur gefunden werden, die Ausschreibungen und auch die beschlagnahmten Betriebe und Güter betreffen, da dies die wichtigsten Bereiche sind. Ausgehend von der Arbeit schafft man Legalität, indem man die Armut, die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit reduziert und gegen Korruption, Ausbeutung, Schwarzarbeit, die illegale Anwerbung von Landarbeitern und Bevormundung kämpft.

Den gleichen kulturellen Kampf für neue Werte muss unsere Organisation im Bereich der Migration führen. Sie ist ein strukturelles Phänomen, das an die großen Veränderungen demografischer und klimatischer Natur gekoppelt ist. Es sind die Auswirkungen eines wirtschaftlichen Modells, welches großen Teilen der Völker den Zugang zu den grundlegenden Gütern verwehrt. Das Problem der Migration ist für uns ein zentrales Problem.

Migratorische Bewegungen sind ein strukturelles Problem der Gesellschaft. Sie sind das Maß für die Sozialpolitik und ihre Angemessenheit: wirtschaftlich, sozial, international, lokal bis hin zur Kohäsion der Kulturen.

Der Weg, den wir beschreiten müssen, um Frieden, Sicherheit und Entwicklung zu garantieren, führt über die Verteidigung der Freizügigkeit, der Werte der Gleichheit, Solidarität, Aufnahmebereitschaft, Multikulturalität und Chancengleichheit. Nur so können Extremismus, Krieg und Zwangsmigration bekämpft werden. Europa hat keine Lösungen gefunden, die seinen Grundsätzen und der Einhaltung der Menschenrechte entsprechen. Die Abkommen mit der Türkei und den anderen afrikanischen Durchzugsländern haben tausende Menschen in unmenschliche Bedingungen getrieben. Ausgehend von unserem Land, wo immer noch von einem Notstand gesprochen wird, fordern wir eine Kurswende, die die Abschaffung aller diskriminierenden Bestimmungen vorsieht, zuallererst des Gesetzes Bossi/Fini. Wir müssen bei der Aufnahmebereitschaft tätig werden und das Sprar-System stärken. Es braucht Inklusion sowie die Aufwertung eines Netzwerkes mit Dienstleistungen im Lande. Auch müssen die Bürgerrechte für jene anerkannt werden, die in unserem Lande geboren sind. Es sind die gleichen Rechte, die wir für alle italienischen und europäischen Bürger fordern, auch für jene, die in Großbritannien leben und die auf Grund des Brexit ihre Rechte verlieren könnten.

In diesen Jahren hat sich die CGIL auch für die Gleichheit zwischen Mann und Frau, gegen die Gewalt gegen Frauen und gegen Frauenmorde eingesetzt. Dies hat in unserem Lande zu einer verstärkten Mobilisierung und zu neuen vertraglichen Klauseln und gesetzlichen Bestimmungen geführt, die noch verstärkt, implementiert und durch einen kontinuierlichen Einsatz gestützt werden müssen.

Solidarität und Demokratie

Kohäsion, Inklusion, demokratische Mitbestimmung sind jene Mittel, mit denen wir das Paradigma der Individualisierung und der Disintermediation, der Fragmentierung der Bedingungen und der Interessen verändern wollen. Die schnellen und intensiven Veränderungen sowohl im Produktionssystem als auch in der Gesellschaft erfordern von uns neue Anstrengungen und stark veränderte gewerkschaftliche Handlungsweisen. Diese Veränderungen müssen von der Feststellung der Anzahl unserer Mitglieder und Vertreter ausgehen, um unseren Vertragsverhandlungen neue Kraft zu verleihen, den konföderierten Charakter unserer Arbeit zu bestärken und korporative Risiken zu überwinden, um so wieder eine neue kollektive Solidarität aufzubauen, die zuallererst durch starke Vorschläge für inklusive Vertragsverhandlungen in die Praxis umgesetzt werden.

Die Idee einer Gesellschaft, die auf eine direkte Beziehung zwischen Institutionen und Bürgern baut, hat in diesen Jahren zu einem schwerwiegenden Angriff gegen die gewählten Vertreter geführt und oft das Netzwerk der Solidarität und der allgemeinen Sicherheit reduziert und annulliert. Das Wort, das am meisten mit Arbeit verbunden wird, ist prekär, dies betrifft insbesondere die jüngere Generation. All' zu oft sind Antworten durch einen individualistischen Charakter gekennzeichnet, entstehen aus einem Klima der Angst und des Misstrauens gegen kollektive Aktionen und stellen somit die Rolle der Konföderalität infrage. Um diese Situation wieder ins Lot zu rücken, braucht es eine Wirtschafts- und Sozialpolitik

die den heutigen Tendenzen radikal entgegensteht. Gleichzeitig muss dies auch zu einer Erneuerung gewerkschaftlichen Handelns führen, Räume der Solidarität, der Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerinnen müssen erobert und ausgebaut werden. Die Entscheidung, eine außerordentliche Befragung der Mitglieder zur Bestätigung der Charta der Rechte, wie auch die Unterschriftensammlung zur Unterstützung der Initiativen der CGIL, haben die konföderierte Dimension bestärkt und erneuert und somit auch das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifizierung mit unserer Organisation. Eine neue Konföderalität muss imstande sein, ein allgemeines Projekt zur Veränderung der Gesellschaft zu haben und der Arbeit wieder Würde und Freiheit zu verleihen. Aus diesem Grunde bedeuten Verhandlungen über Plattformen zur Digitalisierung, ein System des Schutzes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie eine gewerkschaftliche Vertretung für sie einzuführen. Oft sind diese Menschen geringfügig oder ohne Bezahlung beschäftigt und für sie braucht es einige wesentliche Regeln wie Arbeitszeit, Entlohnung, Sicherheit und Ausbildung.

Die Kollektivvertragsverhandlungen in all ihren Formen sind das Element, welches den Anspruch erhebt, alle Formen der Arbeit zu vertreten und zu vereinen, einschließlich die selbständige Arbeit. Nur so kann eine Neuverteilung wirtschaftlicher Erträge, die Rechtssicherheit und eine Zusammenführung der Welt der Arbeit gelingen. Die Verteidigung und Aufwertung der nationalen Kollektivverträge entspricht insbesondere der Notwendigkeit, die Instrumente des universellen Schutzes der Arbeit, die Instrumente der kollektiven Vertretung und der Inklusion in einer immer stärker entmaterialisierten Arbeitswelt zu bestärken. Der nationale Kollektivvertrag ist ein Instrument des Schutzes und der Vertretung, das vereint und inkludiert, die grundlegenden Rechte regelt und einen gerechten Lohn vorsieht. So wird der Reallohn gesteigert und der Beruf aufgewertet, die Ausbildung ermöglicht und Sicherheit garantiert.

In diesem Kontext ist der nationale Kollektivvertrag auch ein Instrument, das gegen die Zersplitterung der Arbeit und die Einsamkeit der Personen bei ihrer Arbeit eine kollektive Identität schafft und die verschiedenen Situationen vereint. Gleichzeitig muss die zweite Ebene der Verhandlungen ausgeweitet werden, um noch stärker auf die Arbeitsbedingungen einwirken zu können und die objektiven Schwierigkeiten auf dieser Ebene zu beseitigen, wobei es auch um Steuerbegünstigungen geht. Aus diesem Grunde ist eine Steuerpolitik erforderlich, mit der die Kollektivverträge unterstützt werden und eine Polarisierung zwischen starken und schwachen Sektoren vermieden wird, da Gefahr besteht, die Systeme des universellen Schutzes gegen immer stärker privatisierte Dienstleistungen für den Einzelnen alternativ gegeneinander zu setzen.

Die Kollektivvertragsverhandlungen werden durch das Risiko der Vermehrung von Scheinverträgen und dem gleichzeitigen Outsourcing, den Ausschreibungen mit Mindestangebot, der immer stärkeren Ausweitung der Verträge, die nicht mehr an die wirklichen Tätigkeiten eines Unternehmens oder die wirklich geleistete Arbeit gebunden sind, dem Dumping zwischen Unternehmen mit dem Ziel einzig und allein die Arbeitskosten zu senken, gefährdet. Die Verbreitung dieser Praxis erfordert eine Neudefinition der Regeln der Vertragsverhandlungen sowie der von den Verträgen betroffenen Bereiche. Wir nehmen auch die Gelegenheit wahr, im Lichte der Entwicklung der Produktionssysteme, das Problem der ungleichen Behandlung zu bekämpfen. Hierzu müssen allen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die im selben Betrieb, in der selben Niederlassung oder Produktionskette arbeiten, die gleichen Rechte zuerkannt werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch neue Formen der Konföderalität versucht werden, um so eine bessere Koordination zwischen den EGV und anderen Formen der Vertretung in den verschiedenen Ausprägungen der Arbeitsverhältnisse zu erhalten und Kollektivvertragsverhandlungen zu durchzusetzen, noch bevor Verhandlungen für einzelne Kategorien und Berufszweige geführt werden. Die mit den Unternehmerverbänden abgeschlossenen Abkommen und insbesondere das Abkommen mit dem Industriellenverband öffnen das Feld für Experimente der Mitbestimmung in vertraglich vereinbarten Formen. Man muss diese Chancen wahrnehmen, um eine neue Kultur in den industriepolitischen Beziehungen aufzubauen, wie dies in den einheitlichen Vorschlägen von CIGL, CISL und UIL und in der Charta der Rechte vorgesehen ist.

Für die CGIL ist die Einheit der Welt der Arbeit ein strategisches Ziel, während die gewerkschaftliche Autonomie und die Demokratie in all ihren Formen die Bedingungen sind, um sie zu realisieren. Insbesondere in der Phase der tiefgreifenden Krise des Vertretungsauftrags und der Veränderungen des politischen Kontextes in Italien und in Europa kann die Welt der Arbeit mit einem neuen Projekt der Einheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und des konföderierten Gewerkschaftswesens einen Lösungsansatz finden, um die Arbeit als einen Grundwert der Demokratie und der Entwicklung zu behaupten.

Die CGIL setzt sich für einen neuen Vorschlag zur gewerkschaftlichen Einheit ein, der auf der Konföderalität ruht. Die Bedingungen hierzu erscheinen heute besser als in der Vergangenheit. Dies betrifft insbesondere die Regeln der Demokratie und des Verhandlungswesens, wobei die Abstimmungen der Arbeitnehmer über Plattformen und Abkommen die Grundlage sein muss. Außerdem ist nach dem Erlass des Einheitstextes und den darauffolgenden Abkommen mit den Unternehmerorganisationen die Zeit reif, dass das Parlament, so wie wir es mit der Charta der Rechte vorgeschlagen haben, ein Gesetz zur Demokratie und zur Feststellung der Vertretungsaufträge (Anzahl der Mitglieder) der Gewerkschaften und der Unternehmenseite erlässt, den Art. 8 löscht und der Praxis der getrennten Abkommen, so wie es im Konflikt mit FCA und dann auch in Bereichen der Industrie und im tertiären Sektor geschehen ist, endlich ein Ende setzt.

Dies würde es ermöglichen, den nationalen Kollektivverträgen und ihrer demokratischen Validierung mittels Abstimmungen durch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über die Formel „erga omnes“ Gültigkeit zu verleihen, und so auch vertragliche Mindestklauseln, wie z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn, zu definieren.